# Der drittbeste Deutsche

## Michael Heinrich zeigt mit seiner Neuveröffentlichung die Aktualität von Marx auf

Mit der globalisierungskritischen Bewegung artikuliert sich ein diffuser Missmut gegenüber den Entwicklungen, die der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hervorgebracht hat. Die unterschiedlichsten Gruppierungen entwickeln auf Grundlage der eigenen Erfahrungen einen Antikapitalismus, der durchzogen ist von den verschiedensten Vorstellungen darüber, was Kapitalismus überhaupt ist und welche Bedeutung dem bürgerlichen Staat zukommt. Dies nimmt Michael Heinrich, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Johannes-Agnoli-Institut und Redakteur der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift Prokla, zum Ausgangspunkt seiner politischen Intervention. In der Reihe theorie.org des Schmetterling Verlages stellt Heinrich den bereits existierenden Einführungen zu feministischer Theorie und Internationalismus eine zur Kritik der politischen Ökonomie zur Seite. Die primitiven Aversionen gegen Marx, wie sie während der Existenz des Realsozialismus und dem sich auf ihn beziehenden aggressiven Antikommunismus herrschten, haben ebenso ein Ende wie alle Varianten des Marxismus, die sich als Weltanschauung der Arbeiterklasse verstanden. Der richtige Zeitpunkt also, die Marxsche Theorie nicht nur wieder stark zu machen, sondern gleichzeitig mit vielen Dogmen aufzuräumen.

Jede Aussage über Staat und Kapital setzt eine bestimmte theoretische Vorstellung voraus. Eine unmittelbare Erfahrung oder Einsicht davon, was Kapitalismus ist, gibt es nicht. An dieser Überlegung setzt die Intervention Heinrichs an, die den ganzen Aufbau der Einführung strukturiert. Die einführende Darstellung, die sicherlich eine eigene Lektüre des Marxschen Kapitals nicht ersetzen kann, ist derart aufgezogen, dass viele Vorstellungen, die „neue" antikapitalistische Bewegungen mit sich bringen, vor der Folie der Kritik der politischen Ökonomie thematisiert und kritisiert werden: die Übermacht der Großkonzerne, die sich scheinbar der kapitalistischen Konkurrenz entziehen können, die scheinbar neue Qualität von Finanzmärkten, die einer produktiven und nicht-spekulativen kapitalistischen Warenproduktion gegenübergestellt wird und das Ende der Nationalstaaten, die nicht mehr, der Markt aber sehr wohl regieren würden, nicht zuletzt die Personifizierung des Kapitalverhältnisses, welche im Antisemitismus eine ganz besondere Qualität erfährt.

Gut ein Drittel des Buches widmet sich dem ersten Kapitel des Kapitals. Dem Zusammenhang von Arbeit in kapitalistischer Warenproduktion, Wert und Geld wird ebenso nachgegangen wie der Frage, wie diese mit dem Fetischismus zusammenhängen. Ebenso unterscheidet sich die Einführung von vielen anderen, die darin bereits den Stoff als erschöpft ansehen. Eine ebenso wichtige Rolle wird dem Rest des ersten Bandes sowie dem zweiten und dritten Bande des Kapitals zugewiesen. Michael Heinrich ist es gelungen, die Werttheorie nicht auf eine moralische Variante der Ricardianischen Arbeitswertlehre zu reduzieren und gleichzeitig die grundlegenden Zusammenhänge der Kategorien – inklusive einiger Ausflüge – aller drei Bände des Kapitals darzustellen.

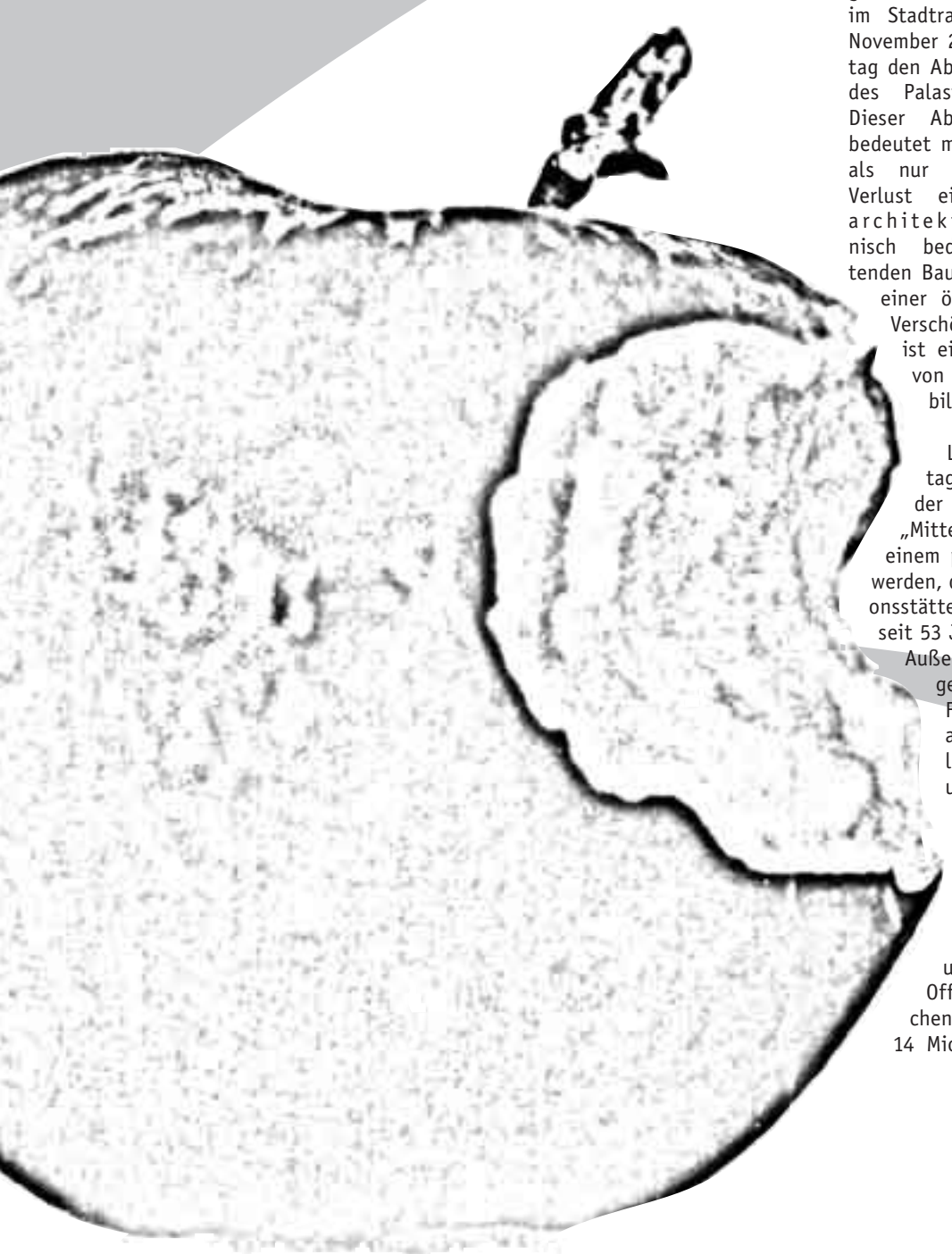
Wenn diese Einführung als politische Intervention zu werten ist, dann bleibt eines unklar: Welchen Stellenwert nimmt die Theoriearbeit in sozialen Kämpfen ein? Diejenigen, die in den letzten Jahren eine verstärkte Marx-Rezeption eingefordert haben, gehen von einem Erkenntniseffekt durch Aufklärung aus, der sich mit der Beschäftigung mit der Kritik der politischen Ökonomie einstellen würde. Wie Marx aber gezeigt hat, stellen sich Vorstellungen über die Gesellschaft in gesellschaftlich formierten Praxen her. Erst wenn sich hier eine gesellschaftliche Kraft entwickelt, die herrschende Produktions- und Verkehrsformen in Frage stellt, kann auch ein reflektierter Antikapitalismus wirksam in Erscheinung treten. Für diese Reflexion ist diese Einführung unabdingbar, kann aber die Organisierung einer sozialistischen Praxis nicht ersetzen.

*Ingo Stützle*
*studiert Politikwissenschaft an der FU*

Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Reihe Theorie.org, Schmetterling Verlag, Stuttgart, ca. 200 Seiten, 10 Euro, erscheint in Kürze

# Abriss für die Neue Mitte

## Wiederaufbau des Stadtschlosses als Erinnerungspolitik und Standortfaktor



1993 baute die Gesellschaft Historisches Berlin eine Kulisse auf: Fast ein Jahr lang versteckte sie den Palast der Republik hinter einer gemalten Fassade des Berliner Stadtschlosses. Seitdem hat sich das Bild vom Schloss ins Bild von der „Berliner Mitte" eingebrannt und dem Palast seinen Platz im Stadtraum streitig gemacht. Im November 2003 beschloss der Bundestag den Abriss des Palastes. Dieser Abriss bedeutet mehr als nur den Verlust eines architektonisch bedeutenden Bauwerks. Er steht im Kontext einer ökonomischen Strategie zur Verschönerung der Innenstadt und ist ein Beitrag zur Verdrängung von Geschichte aus dem Stadtbild.

Laut Beschluss des Bundestages soll anstelle des Palasts der Republik die so genannte „Mitte der (Haupt-) Stadt" mit einem preußischen Schloss bebaut werden, das bislang nicht als Traditionsstätte der Demokratie gilt und das seit 53 Jahren nicht mehr existiert. Außerdem ist bis heute nicht geklärt, wie das „Humboldt-Forum", eine Kombination aus verschiedenen Sammlungen der Dahlemer Museen und der Humboldt-Universität mit der Zentral- und Landesbibliothek, und die sogenannte „Agora", ein privat finanzierter, aber öffentlich zugänglicher Raum, im Schlossneubau untergebracht werden sollen. Offen ist weiterhin, aus welchen leeren öffentlichen Kassen 14 Mio. Euro für den Abriss des Palasts der Republik und 670 Mio. für den Neubau fließen sollen. 80 Mio. Euro für die Rekonstruktion der Schlossfassade will der private Förderverein durch Spenden akquirieren.

Dass der Palast der Republik der Phantasmagorie eines vermeintlichen Herzstücks Berlins und der Nation weichen muss, ist das Resultat einer beharrlichen PR-Kampagne seitens der Gesellschaft Historisches Berlin. Diese setzte gezielt darauf, das Bild vom zerstörten Schloss als Unrechtsakt der DDR und den Palast der Republik zum nationalen Symbol illegitimer, raumgreifender Herrschaft der DDR zu deklarieren. Denn das im Krieg beschädigte Schloss wurde 1950 gegen zahlreiche Proteste gesprengt. Der Ort des Schlosses als Symbol preußisch-monarchistischer Herrschaft sollte damals mit einem „Zentralen Gebäude" für Ministerrat und Volkskammer, als Herz des neuen sozialistischen Staats besetzt werden. Erst 1973 wurde der Palast der Republik als Kultur- und Volkshaus und als Sitz der Volkskammer tatsächlich gebaut und entwickelte sich in der Folgezeit zu einer beliebten Kulturstätte.

### Das Schloss als Symbol preußisch-monarchistischer Herrschaft

Die Entscheidung, das Schloss wieder aufzubauen, muss im Kontext des städtebaulichen Revisionismus der 1990er Jahre in Berlin betrachtet werden. Dieser ist auf die Rekonstruktion des „historischen" Stadtbilds in Ost- und Westberlin gerichtet. Als „historisch" gilt das Stadtbild vor 1933. Weder die Spuren der Zerstörung im 2. Weltkrieg, noch der Teilung nach 1945 als Folge und Zeugnis der jüngsten Geschichte haben in dieser „kritisch historischen Rekonstruktion" ihren Platz. Moderne Architektur und städtebauliche Strukturen der Nachkriegszeit werden hinter Gebäuden versteckt, die den Stadtraum der Vorkriegs-Bebauung nachbilden.

Die Verdrängung der sichtbaren und mahnenden Zeugnisse der jüngsten deutschen Geschichte aus dem Stadtbild findet in nationalen Normalisierungsdiskursen seit 1989 ihre geschichtspolitische Entsprechung: Sie kann beschrieben werden als die räumliche Umsetzung der Forderung nach einem „Schlussstrich", der die deutsche Vergangenheit abschließen soll – als eine wesentliche Bedingung der Möglichkeit ihres kollektiven Vergessens.

Dem Berliner Städtebau der 1990er Jahre kommt daher eine erhebliche erinnerungspolitische Bedeutung zu. Doch er hat auch eine ökonomische Funktion. Seit Ende der 1970er Jahre begreifen Städte die Verschönerung ihrer Zentren als Beitrag zur Mehrung ihrer weichen Standortfaktoren und damit als Chance, die eigene Position im Standortwettbewerb zu verbessern. Die Rekonstruktion der baulich-räumlichen Struktur der Berliner Innenstadt der 1920er Jahre wurde zum räumlichen Symbol für das neue, abermals prosperierende Berlin. Die gesellschaftliche „neue Mitte" sollte durch das urbane Flair zum Leben und Arbeiten in die neue Mitte der Hauptstadt gelockt werden.

Vielleicht hätte der Palast als Objekt kreativer, dauerhafter Zwischennutzungs-Events noch eine kulturelle Aufwertung erlebt, die seinen Abriss ökonomisch unattraktiv hätte erscheinen lassen. Doch der Palast der Republik wird ungeachtet anderer Möglichkeiten abgerissen werden, auch wenn bis auf weiteres das Geld für das Schloss kaum aufzutreiben ist. Eine große, zugängliche Grünfläche an Schlosses Stelle, wie nun übergangsweise geplant, wäre aber nicht die schlechteste Alternative – eine echte, unvermarktete Agora mitten in Berlin.

*Barbara Schönig*
*ist Mitglied bei JungdemokratInnen/Junge Linke*